

Bilanzpressekonferenz

28. Februar 2020

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausführungen von

Gerhard Grandke

**Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Einführung**
- II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Fazit**

I. Einführung

Herzlich willkommen zu unserer Bilanzpressekonferenz. Ich werde Ihnen heute die Geschäftsentwicklung unserer Mitgliedsinstitute im vergangenen Jahr vorstellen und das ein oder andere Thema ansprechen, das die Sparkassen und unseren Verband derzeit beschäftigt.

Zunächst aber zu den Zahlen.

II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen

Die Geschäftsentwicklung der Sparkassen in Hessen und Thüringen war im Jahr 2019 erneut durch ein starkes Kundengeschäft sowohl auf der Aktiv- wie auch der Passivseite der Bilanz geprägt. Ein Déjà-Vu gab es auch auf der Ertragsseite. Wie in den Vorjahren hat die anhaltende Niedrigzinsphase im Zinsüberschuss und damit auch im Betriebsergebnis vor Bewertung ihre Spuren hinterlassen. Alles in allem ist es den Instituten aber auch 2019 wieder gelungen ein auskömmliches Ergebnis zu erzielen.

Bilanzsumme profitiert von starkem Wachstum im Kundengeschäft

Das bilanzielle Geschäft unserer Mitgliedsinstitute ist 2019 deutlich lebhafter als im Vorjahr verlaufen. Die Bilanzsumme wuchs zum 31. Dezember 2019 insgesamt um 6,3 Mrd. Euro bzw. 5,0% auf 132,1 Mrd. Euro. Es ist erfreulich, dass dieses Plus hauptsächlich wieder durch ein starkes Kundengeschäft zustande gekommen ist.

Auf der Aktivseite war vor allem das Kreditgeschäft mit Kunden für das hohe Wachstum der Bilanzsumme verantwortlich. Unsere Sparkassen konnten ihren Kreditbestand 2019 insgesamt um 4,3 Mrd. Euro bzw. 5,7% steigern. Der Zuwachs lag damit genau dreimal so hoch wie im Vorjahr mit 1,9%.

Diese Entwicklung ist schon beeindruckend angesichts der durchwachsenen konjunkturellen Lage, die die eine oder andere Risikosituation aufweist. Die Weltwirtschaft hat im vergangenen Jahr aufgrund von diversen geo- und handelspolitischen Konflikten erheblich an Wachstumsdynamik eingebüßt. Das blieb auch für Deutschland nicht folgenlos. Das Bruttoinlandsprodukt ist hierzulande mit 0,6% nur im Schneckentempo vorangekommen. Bremsklotz war dabei vor allem der Außenhandel.

Dagegen hat sich die Binnenwirtschaft einmal mehr als Konjunkturstütze erwiesen. Der Bausektor und das Handwerk boomen. Die Auftragsbücher sind dort prall gefüllt. Und auch die Verbraucher tun derzeit alles, um die Konjunktur zu stabilisieren. Die sehr gute Beschäftigungslage, die sich in steigenden Löhnen und Gehältern und damit in stärkerer Kaufkraft niederschlägt, befeuert den Konsum.

Von diesem Binnenhoch profitieren die Sparkassen in besonderem Maße, weil sie tief in der heimischen Wirtschaft verankert sind. Das zeigt sich vor allem im Firmenkundenkreditgeschäft. Schon das Jahr 2018 lief hier für unsere Institute mit einer Bestandsausweitung von 5,4% hervorragend. 2019 konnte dieses starke Wachstum noch einmal getoppt werden. Die Bestände bei den Krediten an Unternehmen und Selbständige erreichten mit einem Plus von 3,0 Mrd. Euro bzw. 8,2% einen neuen Höchststand. Das ist sehr erfreulich, zumal unsere Institute ihre Kreditvergabestandards entsprechend der Verbundstrategie Hessen-Thüringen nicht gesenkt haben.

Die KfW hat vor kurzem berichtet, dass wegen der kraftlosen Konjunktur die Investitionsneigung der Unternehmen nachlasse. In unserem Verbandsgebiet ist davon noch wenig zu spüren. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbständigen gingen 2019 über 70% der Bestandszuwächse auf das Konto der langfristigen Kredite, die vor allem für Investitionen eingesetzt werden.

Kein Abschwung im Neukreditgeschäft in Sicht

Im Kreditneugeschäft kann von einer Investitionszurückhaltung nicht die Rede sein. Die Darlehensauszahlungen und -zusagen unserer Sparkassen an Unternehmen und Selbständige sind 2019 um 10,6% bzw. 8,5% und damit noch einmal ein gutes Stück stärker als im Vorjahr gestiegen (+5,6% bzw. +6,4%).

Auch das Kreditgeschäft mit Privatpersonen hat sich im vergangenen Jahr sehr gut entwickelt. Die Kreditbestände legten dort um 1,4 Mrd. Euro bzw. 4,3% und damit fast doppelt so stark wie im Vorjahr zu (+2,4%). Getrieben wurde dieses Wachstum von den Wohnungsbaukrediten, bei denen die Bestände dank niedriger Zinsen und eines robusten Arbeitsmarktes um 1,4 Mrd. Euro bzw. 4,9% deutlich nach oben gingen (2018: +3,3%).

Es spricht viel dafür, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzen wird. So überstiegen die Darlehenszusagen unserer Sparkassen in diesem Segment 2019 den Vorjahreswert um 23%! Der Fokus der neu zugesagten Gelder lag dabei eindeutig auf dem Kauf und Erwerb von Wohneigentum und weniger auf dem Neubau.

Während die Sparkassen in Hessen und Thüringen 2019 ihr Kreditgeschäft mit Firmen- und Privatkunden 2019 deutlich ausbauen konnten, gingen die Kreditbestände bei den öffentlichen Haushalten um 250 Mio. Euro bzw. 6,1% zurück.

Kundeneinlagen mit Zuwächsen

Auf der Passivseite waren es in erster Linie die Kundeneinlagen, die für das hohe Bilanzsummenwachstum unserer Sparkassen verantwortlich zeichneten. Sie stiegen um 4,2 Mrd. Euro bzw. 4,2%. Profitieren konnten davon zum einen die Tagesgelder, die 2019 um 5,8% zulegten, zum anderen die Termingelder, die auf der Basis eines niedrigen Ausgangswertes Zuflüsse von über 74% verbuchten. Rückläufig waren dagegen wieder Spareinlagen (-2,4%) und Eigenemissionen (-7,7%).

Hohe Einlagenzuflüsse, wie wir sie 2019 erlebt haben, sind natürlich eine zweischneidige Sache. Auf der einen Seite ist es wichtig, dass die Menschen trotz niedriger Zinsen weiter sparen. Und es ist ein Vertrauensbeweis, dass sie das bei uns tun.

Auf der anderen Seite machen Einlagenzuflüsse im derzeitigen Zinsumfeld rein betriebswirtschaftlich betrachtet weder dem Kunden noch dem Institut Spaß – zumal ein Großteil der Spargelder inzwischen als Tagesgelder gehalten wird.

Aus diesem Grund ist es angebracht, dass die Sparkassen ihren Kunden im Rahmen der Beratung noch stärker als bisher Strategien aufzeigen, wie diese ihre verfügbaren Gelder je nach ihren künftigen Plänen und Vorhaben noch gezielter und sinnvoller in alternative Anlageformen wie Wertpapiere, Bausparprodukte, Versicherungen oder Edelmetalle investieren können. Hier besteht aus meiner Sicht seitens der Kunden großer Beratungsbedarf und seitens der Sparkassen jede Menge Beratungsanlass.

Kunden verkaufen Wertpapiere mit wenig Risiken und Rendite

Den sehe ich insbesondere auch im Wertpapiergeschäft. Denn die hohen Zuflüsse bei den Einlagen sind zum Teil schlichtweg dadurch entstanden, dass sich Kunden unserer Sparkassen wegen der vielfach negativen Renditen bei risikoarmen festverzinslichen Wertpapieren aus dem Wertpapiergeschäft verabschiedet haben. Die Wertpapierverkäufe stiegen insgesamt um 23,2%, wobei die Verkaufsrate bei den Festverzinslichen am höchsten ausfiel (+56,4%).

Nur ein Teil der hier frei gewordenen Mittel floss in andere Wertpapierformen. Die Wertpapierkäufe bei unseren Sparkassen legten insgesamt nur um 7,5% zu, wobei auf Investmentfonds eine Steigerung von 15,8% und auf Aktien von 2,3% entfiel.

Gerade in den Aktienmärkten ist aber viel Musik drin. Im vergangenen Jahr haben wichtige Börsenindizes wie der S&P 500, der Dow Jones und auch der DAX Wertsteigerungen von über 20% verbucht. Es gibt also noch eine Menge Potenzial, um unsere Kunden noch stärker an den Wertzuwächsen der Aktienmärkte teilhaben zu lassen und durch die

Beimischung von Aktien und Investmentfonds die Auswirkungen der fehlenden Zinsen im Anlageportfolio zumindest abzumildern. Am besten ist es natürlich, wenn das Wertpapiersparen regelmäßig und über einen längeren Zeitraum erfolgt.

Durch die gestiegenen Käufe und Verkäufe sind die Umsätze unserer Sparkassen im Kundenwertpapiergeschäft 2019 um 14,2% auf 12,5 Mrd. Euro gewachsen. Der Nettoabsatz als Saldo von Käufen und Verkäufen sank dagegen wegen der höheren Zahl der Verkäufe um gut ein Drittel auf 1,1 Mrd. Euro. Bei Aktien und Investmentfonds fiel der Nettoabsatz immerhin positiv aus.

Im eigenen Wertpapiergeschäft haben die Sparkassen 2019 stärker auf Rendite gesetzt. Dank eines Zuwachses von 17,2% bei Aktien und Investmentzertifikaten nahmen die Wertpapiereigenanlagen insgesamt um 891 Mio. Euro bzw. 2,9% zu. Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen sank im Depot A dagegen um 2,6%.

Sparkassen bauen Eigenkapitalpolster weiter aus

Die Sparkassen in Hessen und Thüringen haben auch im vergangenen Jahr ihre Eigenkapitalausstattung verbessern können. Die Eigenmittel unserer Institute stiegen um 3,2% auf 13,2 Mrd. Euro. Davon entfielen 12,1 Mrd. Euro auf das Kernkapital. Zum 31. Dezember 2019 betrug die Gesamtkapitalquote 19,8% und die Kernkapitalquote 18,2%.

Solche Quoten hören sich komfortabel an und sie zeugen in der Tat von Solidität. Wir brauchen sie aber auch. Denn es warten schon die nächsten neuen Regulierungen, die zu einem erhöhten Kapitalbedarf führen werden. So müssen zum Beispiel notleidende Kredite unter gewissen Bedingungen vom harten Kernkapital abgezogen werden.

Und bis zur Finalisierung von Basel III ist es auch nicht mehr weit. Das Werk wird wegen des großen Regelungsumfangs auch schon Basel IV genannt und soll im Januar 2022 in Kraft treten. Dabei werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Standardansätze – insbesondere die zur Unterlegung der Kreditrisiken – umfassend überarbeitet. Das wird zu verschärften Eigenmittelanforderungen führen. Ich werde später noch darauf eingehen.

Ertragsentwicklung: Zinsüberschuss sinkt nicht mehr so stark

Damit komme ich zur Ertragsentwicklung. Unsere wichtigste Ertragssäule – der Zinsüberschuss – ist 2019 um 62 Mio. Euro bzw. 2,9% auf knapp 2,1 Mrd. Euro gesunken. Das verwundert angesichts der Dauerniedrigzinsphase nicht. Erfreulich ist, dass der Rückgang nicht mehr ganz so stark wie im Vorjahr ausgefallen ist (-105 Mio. Euro bzw. -4,7%). Positiv ist auch, dass den Sparkassen in unserem Verbandsgebiet ein weiterer Schritt in Richtung

Einnahmendiversifikation gelungen ist. Der Provisionsüberschuss ist im vergangenen Jahr kräftig um 32 Mio. Euro bzw. 4,1% auf 806 Mio. Euro angewachsen.

Gestiegen ist auch der Verwaltungsaufwand, nämlich um 37 Mio. Euro bzw. 1,9% auf gut 2 Mrd. Euro. Dafür zeichnete hauptsächlich der Sachaufwand verantwortlich, der um 2,5% nach oben gegangen ist. Kostentreiber war dabei unter anderem die IT, die neuen gesetzlichen und vertrieblichen Anforderungen angepasst werden musste. Danach hat sich die Cost-Income-Ratio unserer Sparkassen abermals von 67,1% auf 69,1% erhöht.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung ist insgesamt um 69 Mio. Euro bzw. 7,1% auf gut 900 Mio. Euro gesunken. Mit diesem Wert können wir angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen zufrieden sein. Ein Betriebsergebnis dieser Größenordnung ist auskömmlich. Es lässt den Sparkassen wieder genügend Raum, um die Vorsorgereserven mit knapp 320 Mio. Euro sogar stärker als im Vorjahr (273 Mio. Euro) zu dotieren und damit die Eigenmittel substanziell zu stärken.

Nach Bewertung lag das Betriebsergebnis 2019 sogar höher als vor Bewertung. Es erreichte 928 Mio. Euro. Das waren 98 Mio. Euro bzw. 11,8% mehr als im Vorjahr. Dieses Plus verdanken die Sparkassen Bewertungserlösen aus dem Wertpapierbestand. Dort verwandelten sich die Abschreibungen aus dem Vorjahr von 169 Mio. Euro in Zuschreibungen von 61 Mio. Euro.

Im Kreditgeschäft fiel der Bewertungsaufwand 2019 nur moderat höher aus. Er stieg von 8 Mio. Euro auf 28 Mio. Euro. Beim sonstigen Bewertungsergebnis schlug eine kleine Abschreibung von 5 Mio. Euro zu Buche. 2018 hatte hier noch eine Zuschreibung von 38 Mio. Euro gestanden. In der Summe ergibt das dann für 2019 ein positives Bewertungsergebnis von 28 Mio. Euro. Das ist schön. Es ist aber natürlich auch ein konjunktureller Sondereffekt, der sich nicht jedes Jahr wiederholen wird.

Nach Steuerzahlungen von 179 Mio. Euro und der Zuführung zu den Reserven lag das Jahresergebnis unserer Sparkassen 2019 mit einem Betrag von 311 Mio. Euro um 25,4% höher als im Vorjahr.

III. Weitere Entwicklung

Wie geht es nun im laufenden Jahr weiter? Wer sich im aktuellen Umfeld an einen wirtschaftlichen Ausblick wagt, muss im Nebel stochern. Denn es gibt in der Weltwirtschaft unverändert eine Menge Unsicherheit.

Es ist wie bei einem Reigen, bei dem immer wieder dieselben Figuren ihre Pirouetten drehen, sich dann kurz verabschieden, um schließlich erneut aufzutauchen und wieder zu verschwinden. Protagonisten sind hier der Brexit, der zunehmende Protektionismus sowie wirtschaftliche und politische Streitigkeiten wie zwischen den USA und China oder dem Iran. Diese Konflikte treten auf, werden leidlich befriedet, um mit Schwung zurückzukommen und nach geraumer Zeit wieder aus dem Sichtfeld zu entschwinden. Und manchmal tauchen auf der Weltbühne unvermittelt neue Figuren wie das Corona-Virus auf.

Dauerreigen der Unsicherheit

Dieser Dauerreigen der Unsicherheit bremst die Wirtschaft natürlich. Auf der anderen Seite werden diese negativen Auswirkungen durch die zur ständigen Einrichtung gewordene Niedrigzinspolitik der Notenbanken weitgehend neutralisiert. Sie verwandelt den drohenden Absturz in die Rezession nun schon seit längerem in einen sanften Sinkflug.

Wenn man den Expertenschätzungen glauben kann, soll die Wirtschaft in der Welt und in Deutschland im laufenden Jahr mit 3,4% bzw. 0,9% sogar etwas stärker wachsen als 2019 – falls nichts Gravierendes dazwischenkommt. Angesichts dieses wirtschaftlichen Großpanoramas gehe ich auch in unserem Kundengeschäft von weiteren Zuwächsen aus.

Auf der Ertragsseite unserer Sparkassen wird der Druck auf das Zinsergebnis hoch bleiben. Denn eines ist bei allen Unsicherheiten gewiss: Die Geldpolitik der EZB wird auch in Zukunft höchst expansiv bleiben. Nach der Finanz- und Staatsschuldenkrise wollte die EZB mit ihrer Politik der ultraniedrigen Zinsen und offenen Schleusen die Kreditvergabe ankurbeln und so die europäische Wirtschaft vor einem Kollaps bewahren. Das hat auch geklappt.

Allerdings lässt die gewünschte Wirkung seit geraumer Zeit mehr und mehr nach. Ja, sie verwandelt sich zunehmend ins Gegenteil: Während die Kreditvergabe in Deutschland in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist, ist sie in der von der Krise wesentlich stärker betroffenen europäischen Peripherie sogar gesunken. Dort haben die Banken noch immer zu viele faule Kredite in den Bilanzen.

Selbstkritische Töne der Notenbanken

Gleichzeitig werden die Risiken und Nebenwirkungen dieser extrem lockeren Geldpolitik immer schlagender. Selbst aus dem System der Notenbanken mehren sich inzwischen die nachdenklichen Töne und kritischen Stimmen:

- In ihrem Finanzstabilitätsbericht 2019 nennt die Bundesbank die Niedrigzinspolitik als Ursache für den wachsenden Risikoappetit von Investoren und den steigenden Druck auf Banken und das Finanzsystem.

- Schon seit längerem warnt die Mutter aller Notenbanken – die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich – angesichts der dauerniedrigen Zinsen vor wachsender Verschuldung, übertriebenen Vermögensbewertungen und potenziellen Marktverwerfungen.
- Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken, dem die EZB-Präsidentin vorsitzt, weist auf die Gefahr einer Überhitzung des europäischen Immobilienmarktes hin.
- Und selbst hohe EZB-Vertreter machen inzwischen die Dauerniedrigzinsphase für einen zu sorglosen Umgang mit Risiken, Fehlbewertungen an Märkten, eine hohe Verschuldung und die schwachen Gewinnaussichten der Banken verantwortlich.

Die niedrigen Zinsen mögen ein säkularer Trend sein, der von einem langsameren Wirtschaftswachstum und von der Ersparnisschwemme aufgrund des demografischen Wandels und des technischen Fortschritts gespeist wird. Aber natürlich liegt die Ursache für dieses Phänomen auch bei den Notenbanken. Bekanntlich hat die EZB die Leitzinsen auf null Prozent gesenkt. Bei der Einlagefazilität liegt der Zins mittlerweile sogar im Minus.

Noch schwerer wiegt aber, dass immer weniger sichere Kapitalanlagen verfügbar sind. Im Rahmen ihres Anleihekaufprogramms saugt die EZB nun schon seit Jahren massenhaft Schuldverschreibungen von Euroländern und Unternehmen ab. Der Anteil der bereits aufgekauften deutschen Bundesanleihen soll bereits bei 30% liegen. Die fehlen am Markt. Das mindert die Liquidität. Das drückt die Renditen ins Minus. Da die Bundesanleihen als Richtschnur für die Kapitalmarktzinsen und den Banken zum Beispiel als Anker für den Hypothekenzins dienen, gelangt der Niedrigzins in die Kapillare des Finanzsystems. Und genau das war ja auch von der Notenbank intendiert.

Kriseninstrumente sind stumpf geworden

Die EZB hat sich in der Krise verdient gemacht. Die Kriseninstrumente sind aber durch den langen Gebrauch stumpf geworden. Sie taugen nicht für den Normalbetrieb. Der Schlüssel für mehr Wachstum und damit auch für einen höheren Zins, der den Banken helfen würde, liegt deshalb bei der Fiskalpolitik.

Der Staat muss mehr investieren. Ich habe das schon vor fünf Jahren hier bei unserer Bilanzpressekonferenz gefordert. Ich habe davor gewarnt, dass aus der schwarzen Null schnell eine schwarze Zukunft werden kann, wenn der Staat bei den Investitionen nicht eine viel aktivere Rolle spielt. Meine Forderung von damals ist inzwischen zum Mainstream geworden. Vor kurzem haben sich Industrie und Gewerkschaften gemeinsam für eine staatliche Investitionsoffensive über 450 Mrd. Euro stark gemacht. Dieses Geld soll vor allem in den Ausbau der Verkehrswege und digitalen Infrastruktur sowie eine bessere Bildung fließen.

Dieser Schulterschluss zwischen Industrie und Gewerkschaften beim Thema Investitionen zeigt, dass es hier längst nicht mehr um das ob, wie und wieviel geht. Inzwischen steht allein die Frage im Vordergrund, wie sich die Hemmnisse am besten beseitigen lassen, die derzeit dem Abfluss von Geldern und der Umsetzung von Projekten im Wege stehen.

Strategieüberprüfung: EZB darf nicht zum Wunderwuzzi werden

Die Geldpolitik hat getan, was sie konnte. Sie ist aber ausgereizt. Es ist deshalb gut und richtig, dass die EZB unter der neuen Leitung von Frau Lagarde jetzt ihre Strategie überprüfen will. Das darf aber nicht dazu führen, dass die EZB – wie der Österreicher sagt – zum Wunderwuzzi für alles wird.

Denn wenn man die Diskussion über die künftige Rolle der EZB verfolgt, kann man genau diesen Eindruck gewinnen: Sie soll stabile Preise gewährleisten. Sie soll die Kreditvergabe verbessern und die Wirtschaft ankurbeln. Sie soll die Banken beaufsichtigen und für Finanzstabilität sorgen. Sie soll über die Geldwäsche wachen und eine eigene digitale Währung entwickeln. Und natürlich soll sie auch noch den Klimawandel bekämpfen. Sie soll also am besten mal kurz die Welt retten.

Bei der Strategiedebatte kann ein Blick in den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union helfen. Dort wird als vorrangiges Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken die Gewährleistung der Preisstabilität genannt. Die EZB sollte sich darauf konzentrieren. Denn das ist ihr Auftrag.

Kosten selbst genutzten Wohnraums bei Inflation berücksichtigen

Im Rahmen der Strategiedebatte will sich die EZB auch mit dem Inflationsziel beschäftigen. Dabei wäre es aus meiner Sicht überlegenswert, die Kosten des selbst genutzten Wohnens künftig im Harmonisierten Verbraucherpreisindex für den Euroraum zu berücksichtigen. Die Preise für Immobilien und Wohnraum sind in den vergangenen Jahren in Europa und vor allem auch in Deutschland deutlich gestiegen. Das belastet die Verbraucher. Es wird Zeit, dies entsprechend auch im Warenkorb angemessen abzubilden. In den USA wird das ja bereits praktiziert.

Ich weiß, dass das methodisch nicht ganz einfach ist. Und ich weiß auch, dass der Aufschlag auf die Inflationsrate nicht riesig ausfallen wird, sondern vielleicht bei 0,2 oder 0,3%-Punkten liegt. Aber immerhin: Für die EZB hätte das den Vorteil, dass sich die wie einbetonierte wirkende Inflationsrate dem Wunschziel von knapp zwei Prozent annähern würde.

Die EZB käme so an einer umstrittenen Neudefinition des Inflationsziels vorbei und könnte mit dem Ausstieg aus ihrer ultraexpansiven Geldpolitik beginnen. Das würde wiederum den Banken zupasskommen. Denn die letzte Niedrigzinsumfrage der Bundesbank hat gezeigt, dass selbst moderate Zinserhöhungen den Instituten perspektivisch spürbare Entlastung bringen würden.

Bei der Berücksichtigung der Wohnkosten bei der Inflationsberechnung können wir von den Amerikanern sicherlich etwas lernen und übernehmen. Bei anderen Themen bin ich da eher skeptisch. So wandert der Sehnsuchtsblick vieler Befürworter einer Europäischen Kapitalmarktunion regelmäßig über den großen Teich. Sie träumen von einem höchst liquiden und integrierten europäischen Kapitalmarkt, wie er in den USA existiert.

Keine übertriebenen Erwartungen in Europäische Kapitalmarktunion

Die Europäische Kapitalmarktunion soll grenzüberschreitende Investitionen erleichtern und die Anlagemöglichkeiten für private und institutionelle Investoren verbessern. Dagegen kann niemand etwas haben. Ich frage mich allerdings, ob hier nicht eine Lösung für ein Problem gesucht wird, das gar nicht existiert. Schon heute können wir in Europa ohne großen Aufwand Aktien, Fonds oder Zertifikate erwerben und unser Geld bei ausländischen Banken anlegen. Umgekehrt zeigt der Erfolg der Auslandsbanken in Deutschland, dass man auch ohne eine solche Union gute Geschäfte machen kann.

Bei der Europäischen Kapitalmarktunion stören mich aber noch zwei andere Erzählstränge, die von ihren Verfechtern gerne ins Feld geführt werden. Im ersten Narrativ wird eine deutliche Schlagseite zur Bankenfinanzierung beklagt. Durch die Kapitalmarktunion sollen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einen besseren Zugang zum Kapitalmarkt bekommen und Finanzierungshürden überwunden werden. Im Endeffekt soll das zu mehr Investitionen und Wirtschaftswachstum führen.

Abgesehen davon, dass zum Beispiel die Wirtschaftsweisen bezweifeln, dass der Übergang zu einem stärker kapitalmarktbasierendem System tatsächlich zu mehr Wirtschaftswachstum führt, haben wir in Deutschland an einer stärkeren Kapitalmarktfinanzierung überhaupt keinen Bedarf. Der deutsche Mittelstand ist hervorragend mit Kapital und Liquidität ausgestattet und mit Krediten versorgt. Vor, während und nach der Finanzkrise hat es zu keinem Zeitpunkt eine Kreditklemme gegeben. Die KMU sind mit dem Hausbankprinzip sehr gut gefahren. Dies war zu weiten Stücken das Verdienst der Sparkassen. Sie nehmen in Deutschland traditionell die Rolle des Mittelstandsfinanzierers ein.

Darüber hinaus ist der Kapitalmarkt für KMU aufgrund von erforderlichen Prospekten und Ratings viel zu teuer und schwerfällig und wird damit unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft verändern – und zwar zum Negativen.

Finanzierung über Banken bleibt unabdingbar

Die Finanzierung über Banken bleibt unverzichtbar. Gerade für kleinere Firmen kommen Anleihen, Börsengänge und Co. überhaupt nicht in Frage, weil sie dafür schlichtweg nicht die kritische Größe mitbringen. Andere Mittelständler verfügen zwar über diese Größe, sie haben aber an Kapitalmarktaktivitäten wegen der damit verbundenen Transparenzpflichten oft kein Interesse. An diesen Punkten wird auch mehr Europa nichts ändern.

Auch das zweite Narrativ von der Europäischen Kapitalmarktunion ist vom Blick auf die USA geprägt. Amerika hat große und starke Banken. Und es hat einen hoch integrierten Kapitalmarkt, der die Banken so stark macht. Europa hat im Vergleich dazu schwache Banken und einen weniger integrierten Kapitalmarkt. Deshalb braucht es die Europäische Kapitalmarktunion, die den Banken ein breiteres Betätigungsfeld öffnen und sie dadurch stärker machen soll. Soweit die Erzählung.

Ich sehe das anders. In den USA ist man schon lange im Nachkrisenmodus. Die Banken wurden dort nach dem Finanzcrash hart, aber abgestuft und relativ kurz reguliert. Inzwischen hat man dort die Bankenregeln bereits wieder gelockert. Zudem hat die Fed den Exit aus der extremen Niedrigzinsphase längst eingeleitet.

US-Banken mit komparativen Vorteilen

In Europa ist dagegen ein Ende der ultraexpansiven Geldpolitik genauso wenig in Sicht wie eine regulatorische Wende. Das legt sich wie Mehltau auf die Ertragskraft der europäischen Banken. Und das ist auch der wesentliche Grund für das Auseinanderdriften der Banken dies- und jenseits des Atlantiks. Denn die US-Institute haben klare komparative Vorteile:

- In den USA gilt Basel III nur für Großbanken und nicht für lokale Community Banks. In Europa wurde es dagegen flächendeckend ausgerollt – mit allen Belastungen für die kleinen und mittleren Institute.
- In Europa fordern Politik und Aufsicht die Banken auf, angesichts der Zinsflaute endlich mehr Einnahmen zu erzielen. Gleichzeitig wird aber das Provisionsgeschäft durch regulatorische Maßnahmen wie MiFid II, PRIIPs oder Pläne für eine Finanzstransaktionssteuer erschwert. Und der ein oder andere Politiker denkt schon über Gesetze nach, die dafür sorgen sollen, dass Banken die Negativzinsen nicht an die Kundschaft weitergeben dürfen und kostenlose Basiskonten für alle anbieten müssen.

- Die europäischen Banken müssen seit September Drittanbietern wie Fintechs die Schnittstelle zu Zahlungsverkehrskonten kostenlos öffnen. Auf so eine Idee käme in den USA niemand. Es ist ein Treppenwitz, dass nun von dieser Öffnung ausgerechnet die amerikanischen Bigtechs profitieren, die den Banken zunehmend Konkurrenz machen. In Deutschland hat man das immerhin erkannt. Dort haben Bundestag und Bundesrat beschlossen, dass künftig auch Bigtechs wie Apple ihre NFC-Schnittstelle für Dritte öffnen müssen – allerdings gegen Bezahlung! Während sich die Banken kostenlos öffnen müssen, können die Bigtechs damit also auch noch Geld verdienen. Das verstehe, wer will!
- Während die amerikanischen Banken jedes Jahr rund 40 Mrd. Euro für ihre Einlagen bei der Fed erhalten, wurden ihre Pendanten in der Eurozone auch 2019 wieder bei der EZB mit rund 7 Mrd. Euro an Negativzinsen zur Kasse gebeten. Bei dieser Diskrepanz ist es kein Wunder, dass die US-Banken deutlich schöner und fitter erscheinen!

So lange diese Unterschiede bestehen, wird es kein Level Playing Field zwischen den europäischen und amerikanischen Banken geben. Daran wird eine Europäische Kapitalmarktunion nichts ändern. Sie hat ohnehin in erster Linie die Großbanken und ihre Interessen im Visier. Für unsere Sparkassen, die sich vor allem für die KMU und die heimische Wirtschaft stark machen, ist dieses Projekt wenig von Belang.

„Purpose“, „inklusive Kapitalismus“ oder einfach: Sparkasse!

Zurzeit ist in der Welt ein wachsendes Unbehagen am Kapitalismus festzustellen. Das führt zu seltsamen Stilblüten. In den angelsächsischen Ländern haben immer mehr Unternehmensführer ein Bekehrungserlebnis: Sie distanzieren sich vom Shareholder Value und propagieren seit neuestem den „Purpose“. Ob man diesen Begriff wie der Siemens-Konzernchef als „inklusive Kapitalismus“ übersetzt oder ihn als mehr Nachhaltigkeit und eine stärkere gesellschaftliche Rückkopplung und soziale Verantwortung der Firmen versteht, ist zweitrangig.

Denn in Deutschland brauchen wir dieses Rad nicht neu erfinden. Bei uns haben wir das im Finanzsektor längst. In den USA lebt jeder 15. Haushalt ohne Konto. Das sind fast 20 Millionen Menschen. In armen Bundesstaaten wie Mississippi ist sogar jeder sechste Haushalt kontenlos.

Bei uns wäre das undenkbar. Denn hier sorgen die Sparkassen mit ihrem öffentlichen Auftrag und ihrem umfassenden Angebot an qualitativ hochwertigen Finanzdienstleistungen seit vielen, vielen Jahren dafür, dass niemand ohne Konto dasteht. Hier stellen die Sparkassen sicher, dass Mittelstand, Handwerk und auch Privatpersonen

zuverlässige Ansprechpartner für die Kreditversorgung haben und eben nicht nur die bedient werden, die attraktiv sind und die höchsten Renditen versprechen.

Deutschland hat eine mittelständisch geprägte Realwirtschaft. Und die bedarf einer mittelständisch geprägten Bankwirtschaft. Diese Kombination ist das Erfolgsrezept der sozialen Marktwirtschaft Made in Germany. Diese Erfolgsgeschichte wird sich aber nur fortschreiben lassen, wenn unseren kleinen und mittelgroßen Instituten Raum zum Atmen gelassen wird.

Europäisches Bankenpaket ist großer Erfolg, ...

In Europa stehen wir mit dieser Position oft allein. Denn die europäische Bankenlandschaft und damit der regulatorische Fokus sind zumeist von den Großbanken geprägt. Vor diesem Hintergrund ist die Verabschiedung des europäischen Bankenpakets CRR II ein großer Erfolg der deutschen Politik und des EU-Parlaments. Denn damit soll der Grundsatz der Proportionalität gestärkt und kleinere Institute administrativ entlastet werden.

Es gibt jetzt endlich eine Kategorie der kleinen und nicht komplexen Institute, die ab 2021 von vereinfachten Berechnungsansätzen, verringerten Offenlegungspflichten und reduzierten Meldeanforderungen profitieren sollen. In unserem Verbandsgebiet fallen voraussichtlich über 90% der Sparkassen darunter.

... es muss aber Elchtest erst noch bestehen

In der Theorie hört sich das alles sehr gut an. Den Elchtest muss das Bankenpaket allerdings noch bestehen. Die EBA hat durch das Bankenpaket den Auftrag erhalten, den Meldeaufwand für kleine und nicht komplexe Institute um 10 bis 20% zu senken. Hier ist bislang aber überhaupt noch nichts geschehen. Im Gegenteil: In der Praxis braut sich eher noch mehr zusammen.

So bereitet die Bundesbank auf nationaler Ebene gerade die neuen Datenerhebungen zu Immobilienrisiken vor. Sie hat ein Schema entwickelt, bei dem auf 18 Seiten ein buntes Potpourri an Daten zur

- Schuldendienstfähigkeit des Darlehensnehmers,
- Gesamtverschuldungs-Einkommens-Relation,
- Darlehensbedienungsquote,
- Darlehensvolumen-Einkommensrelation,
- Zinsdeckungsquote,
- Relation Kredithöhe-Mieterlöse
- und zu den bankinternen Risikokennzahlen
- und Zins- und Tilgungskonditionen

abgefragt werden soll – und das zu jeder Wohnimmobilienfinanzierung! Das ist ein Riesenaufwand. Denn das Institut muss ja nicht nur die Daten sammeln, erfassen und melden, sondern auch die IT und die Prozesse an die neuen Vorgaben anpassen. Das belastet vor allem wieder die Kleinen.

Ständig neue Meldeanforderungen

Und auch die EBA stellt die Aktualisierung des Meldepakets für die Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen unter die Devise „Mehr hilft mehr!“. Es soll ab Mitte 2021 in Kraft treten und die durch das Bankenpaket vorgesehenen Änderungen auch im Meldewesen abbilden. Banken und Sparkassen müssen dabei unter anderem die Anteile der notleidenden Kredite (NPL) ermitteln, die vom Eigenkapital abgezogen werden. Diese Zahl darf aber nicht einfach gemeldet werden. Vielmehr hat sich die EBA drei weitere Meldebögen ausgedacht, mit denen detailliert abgefragt wird, wie die Institute diesen Kapitalabzug berechnet haben!

Im Rahmen des EU-Bankenpakets wurden auch die Vorgaben zur Berechnung des Gegenparteiausfallrisikos angepasst. Das bringt wieder neue Bögen zur Meldung an die Aufsicht mit sich. Allein zu diesem Zweck sieht die EBA elf Meldebögen vor. Nun lässt sich einwenden, dass die volle Zahl an Bögen nur bei einigen großen und komplexen Instituten zum Tragen kommt. Bei der Abfrage wird nach Geschäftsart und Methoden differenziert.

Es ist aber nur ein schwacher Trost, wenn die Institute dann bloß 8 Meldebögen ausfüllen müssen. Denn so stellen wir uns die Entlastung der kleinen Institute nicht vor: Erst werden die Meldepflichten neu eingeführt oder drastisch erhöht und dann wird den kleinen Instituten davon ein Teil erlassen. Das ist sicherlich nicht im Sinne der Erfinder des Bankenpakets!

EBA als entfesselte Regulierungs- und Harmonisierungsmaschine

Überhaupt sollte die Politik die Rolle der EBA künftig kritischer unter die Lupe nehmen. Denn die ist inzwischen zu einer entfesselten Regulierungs- und Harmonisierungsmaschine geworden. Nach Berechnungen des DSGV hat die EBA seit 2011 fast 240 technische Standards und Leitlinien veröffentlicht, die den Banken und Sparkassen bis ins Detail Vorgaben machen. Alleine mit dem EU-Bankenpaket sind etwa 50 neue Mandate dazugekommen.

Problematisch sind vor allem die Leitlinien und Empfehlungen auf der Ebene von Level 3 des europäischen Rechtsetzungsverfahrens. Die EBA kann hier ohne einen spezifischen Auftrag des EU-Gesetzgebers Empfehlungen für die Aufsichtspraxis formulieren. Die fallen häufig sehr detailliert aus. Zwar sind diese Leitlinien eigentlich nicht bindend. Da die

zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden sie jedoch in den allermeisten Fällen umsetzen und diese außerdem die Verwaltungspraxis beeinflussen, entwickeln sie eine faktische Bindungswirkung für die Institute.

Das führt dann dazu, dass das Europäische Parlament mit dem Bankenpaket ausdrücklich die regulatorische Entlastung von kleinen und nicht komplexen Instituten beschließt. Über die Hintertür kommen dann aber bei der Umsetzung dieses Bankenpakets durch die EBA via Level-3-Maßnahmen wieder hochkomplexe Vorgaben in die Regulierungspraxis, die der Proportionalität und den regionalen Besonderheiten vor Ort keinen Raum lassen und damit der Intention des Gesetzgebers widersprechen. Am Ende sind dann die Kleinen wieder die Dummen.

Es ist aber auch demokratietheoretisch problematisch, wenn der politische Gestaltungswille des Gesetzgebers beim Beschluss endet, die Umsetzung des Bankenpakets aber einer technokratischen Institution wie der EBA überlassen wird, und am Ende keiner überprüft, ob die konkrete Umsetzung so wirklich den Intentionen des Gesetzgebers entspricht. Hier bedarf es aus meiner Sicht einer viel stärkeren politischen Kontrolle.

Neue Belastungen durch Basel IV

Vorsicht ist auch bei der Finalisierung von Basel III – vulgo Basel IV – angesagt. Der Baseler Ausschuss hat neue Standards vorgeschlagen, wie die Banken künftig ihre Kapitalanforderungen berechnen müssen. Dieser Vorschlag ist jetzt in europäisches Recht zu überführen. Es wird damit gerechnet, dass die EU-Kommission im 1. Halbjahr 2020 einen Aufschlag machen wird, der dann nach dem Willen des Baseler Ausschusses bis 2022 umzusetzen ist.

Im Kern geht es bei Basel IV um eine Neuberechnung der risikogewichteten Aktiva (RWA) im Rahmen des Kreditrisiko-Standardansatzes. Aber auch die großen Institute, die interne Berechnungsmodelle verwenden, müssen sich künftig stärker an diesem Standardansatz orientieren. Wenn ich mich recht erinnere, sollten diese Baseler Regelungen zu keiner wesentlichen Verschärfung der Eigenmittelanforderungen führen. Genau das passiert jetzt aber. So rechnet die EBA damit, dass durch die neuen Regelungen die Mindestkapitalanforderungen bei den europäischen Banken im Schnitt um etwa 24% ansteigen werden.

Davon sind auch die Sparkassen betroffen. Wir haben das Papier aus Basel mal in Reinform verprobt und in einem Worst-Case-Szenario für ein mittelgroßes Institut durchgerechnet. Das müsste seine RWA nach dem überarbeiteten Standardansatz künftig um 22% höher bewerten. Bei gleicher Kapitalausstattung würde dadurch die Kapitalquote um 3,5%-Punkte

absinken! Die Sparkassen sind insgesamt sehr gut kapitalisiert – aber das wäre schon ein Pfund!

Wenn man solche neuen Regeln einführt, dann muss man sich auch über die Folgen bewusst sein. Eine Sparkasse wird künftig deutlich mehr Kapital benötigen, obwohl sich ihr Kreditportfolio ja gar nicht verändert hat. Das Institut hat dann zwei Möglichkeiten. Entweder es stärkt das Eigenkapitalpolster weiter. Das geht bei Sparkassen nur über die Gewinnthesaurierung. Und eine Kapitalaufstockung von 3,5%-Punkten macht man nicht einfach so aus der Lamäng. Oder das Institut optimiert eben die einzelnen Risikopositionen und schaut künftig noch viel genauer hin, wer einen Kredit bekommt. Bei dieser Varianteengt sich also der Spielraum der Sparkasse bei der Kreditvergabe ein.

Ob das realwirtschaftlich so gewollt ist, wage ich zu bezweifeln. Die Sparkassen haben ihre Kreditvergabe im Griff und haben ihr Risikomanagement stetig weiterentwickelt und verfeinert. Schon heute sind die Kredite bei uns durch die dafür bereitgestellten Eigenmittel gut abgedeckt.

Mit Maßnahmen wie Basel IV wird die Eigenkapitalrendite der Institute regulatorisch systematisch gesenkt. Gleichzeitig wird dann an anderer Stelle von der Aufsicht bemängelt, dass die Rentabilität der Banken nicht ausreichend sei.

Bei der Umsetzung von Basel IV in europäisches Recht muss man also aufpassen, dass das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird. Die Regelungen des Baseler Ausschusses haben vor allem die Großbanken im Visier. Deshalb ist auch darauf zu achten, dass bewährte Regelungen wie die kapitalmäßige Behandlung der Verbundstrukturen und strategischen Beteiligungen mit der Basel-Finalisierung in Europa nicht auf dem kalten Wege beseitigt werden.

Mittelstandsfaktor erhalten!

Das gilt auch für den Mittelstandsfaktor. Er wurde gerade im Bankenpaket eingeführt und sorgt dafür, dass den Besonderheiten der Mittelstandsfinanzierung Rechnung getragen wird und die Institute Kredite an KMU mit weniger Eigenkapital unterlegen müssen. Er muss auch im Zeitalter von Basel IV in dieser gerade erst neu eingeführten Form erhalten bleiben.

Ich bin dankbar, dass die Länder Hessen und Baden-Württemberg uns dabei unterstützen. Sie haben im Dezember 2019 einen Entschließungsantrag an den Bundesrat formuliert, der dann an die EU-Kommission weitergeleitet werden soll. In diesem Antrag werden genau diese Themen ausgeführt, wie im Zuge von Basel IV die kleinen und mittleren Banken weiter

entlastet und die Bedingungen für die Finanzierung der Realwirtschaft verbessert werden können.

Den Banken wird ja gerne ins Stammbuch geschrieben: „Wenn eure Einnahmen wegen der Dauerniedrigzinsphase nicht reichen, dann müsst ihr eben eure Kosten senken!“ Das hört sich stimmig an. Allein der Bereich der Regulatorik zeigt aber, dass das gar nicht so einfach ist.

Hier würde es uns schon helfen, wenn die Kosten der Aufsicht für die Überwachung der Institute und vor allem auch die durch das überbordende Meldewesen entstehenden indirekten Kosten nicht ständig steigen würden! Nehmen Sie nur die Aufsichtsgebühren bei der EZB: Die haben sich zwischen 2015 und 2019 von knapp 300 Mio. Euro auf 576 Mio. Euro fast verdoppelt! Die BaFin-Umlage hat sich für unsere Sparkassen seit 2011 mehr als vervierfacht. Die steuerlich nicht abzugsfähige Bankenabgabe gemäß BRRD hat sich zwischen 2015 und 2019 um etwa 54% erhöht. Wenn sich die Verwaltungskosten der Sparkassen bei der viel komplexeren und schwierigeren Aufgabe der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen entsprechend erhöht hätten, würde ich sie heute über ganz andere Zahlen informieren.

Unsere Sparkassen stehen weiterhin vor anspruchsvollen Aufgaben. Sie werden weiter in die Zukunft investieren, zum Beispiel in den Zahlungsverkehr und die Digitalisierung. Sie werden weiter versuchen, ihre Einnahmenbasis zu verbreitern. Dabei profitieren unsere Institute davon, dass die Zeit der kostenlosen Girokonten vorbei ist. Jetzt hat sich auch die ING davon verabschiedet, die dieses Thema lange Zeit als ihren Markenkern nach außen gekehrt hat.

Dass sie jetzt auf bedingungslose Gratiskonten verzichtet, ist eine Zeitenwende. Es zeigt, dass man das Gesetz der Schwerkraft auf Dauer eben nicht aufheben kann. Wir haben schon immer gesagt, dass es keine kostenlosen, sondern höchstens quersubventionierte Konten gibt. Denn dahinter steckt jede Menge Infrastruktur und Dienstleistungen. Und das hat eben seinen Preis.

Verstärkte Kooperationen

Die Sparkassen werden weiter an ihren Kosten arbeiten. Basel IV steht vor der Türe. Unsere Institute haben wieder ein ordentliches Ergebnis erzielt. Sie müssen sich aber schon jetzt auf die erhöhten Eigenmittelanforderungen vorbereiten und möglichst viel thesaurieren. Das geht nur, wenn man auf die Kosten achtet. Es wäre deshalb gut, wenn es im Sommer bei der Tarifrunde zu einem tragfähigen, also moderaten Abschluss kommen würde.

Bei den Kosten ist auch Kreativität gefragt. Ein interessanter Versuch ist die Kooperation beim Betrieb von Geschäftsstellen der Taunus-Sparkasse und der Frankfurter Volksbank. Kurz vor Weihnachten haben die beiden den ersten von insgesamt 26 Finanzpunkten eröffnet. Dort sitzen an zwei Tagen der Woche Mitarbeiter der Sparkasse. An zwei anderen Tagen ist die Volksbank dran. Technisch bleiben beide vollständig getrennt.

Betriebswirtschaftlich kann so etwas Sinn machen. Denn oft sind die Geschäftsstellen einer Sparkasse und einer Volksbank nur wenige Meter voneinander entfernt. Durch die Zusammenarbeit lassen sich Sachkosten reduzieren. Mittelfristig werden auch weniger Mitarbeiter benötigt. Und es erleichtert den Instituten, auch weiter in der Fläche präsent zu sein.

Wir werden sehen, ob das von den Kunden angenommen wird. Es ist auf jeden Fall ein Ansatz, der auch schon Nachahmer findet. So wollen jetzt auch in Darmstadt die Sparkasse und die Volksbank ausgewählte Standorte gemeinsam betreiben.

IV. Fazit

Damit komme ich zum Schluss.

Die Zeiten für die Kreditwirtschaft sind zweifellos nicht einfach. Unsere Sparkassen in Hessen-Thüringen haben sich aber recht gut an diese widrigen Umstände akklimatisiert. Das Kundengeschäft läuft hervorragend und auch in der Ertragsentwicklung haben unsere Institute den schwierigen Rahmenbedingungen Paroli geboten. Ich bin stolz darauf, dass wir vor dieser Kulisse erneut ein ordentliches Ergebnis erzielt haben. Die kommenden Jahre werden mit Sicherheit nicht leichter werden. Unsere Sparkassen werden aber weiter hart an ihrem Erfolg arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!